



Linke Liste Nürnberg, 90459 Nürnberg, Humboldtstraße 104

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Ulrich Maly
Rathausplatz 2

90403 Nürnberg

Humboldtstraße 104
90459 Nürnberg
Telefon: 0911 – 2 87 60 13
Fax: 0911 – 2 87 60 16
www.linke-liste-nuernberg.de
linke-liste-nuernberg@t-online.de
Nürnberg, 3.2.2013

Dringlichkeitsantrag zur RWA-Sitzung am 6.2.2013 zum TOP 11 „Leyla“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aufgrund der breiten öffentlichen Debatte zum Fall Leyla und der äußerst fragwürdigen Vorgehensweise und Stellungnahme der Verwaltung, die jetzt bereits schwerwiegende Konsequenzen für das Leben für Leyla darstellen, stellen wir folgenden Antrag:

- 1. Zur Klärung der wirklichen Sachlage wird ein Runder Tisch gebildet.**
Siehe Anlage.
- 2. Die Ausländerbehörde hat die Verantwortung für den bereits entstandenen Schaden. Die drohende Abschiebung ist sofort zurück zu nehmen und ein gesicherter Aufenthaltsstatus zu gewähren.**

Begründung:

Kurz vor ihrem 18. Geburtstag hat die Ausländerbehörde der Stadt Nürnberg Leyla einen Brief mit dem Beschluss der Ausweisung geschickt. (Entscheidung vom 23.03.2010, AW-Nr. 928/2758). Der Jugendlichen wird vorgeworfen, an ausschließlich offiziell angemeldeten Demonstrationen und kurdischen Kulturveranstaltungen teilgenommen zu haben. Angeblich hat sie verbotene Parolen gerufen, Beweise diesbezüglich wurden ihr nicht vorgelegt.

Hier stellt sich die erste Frage, warum sie nicht direkt während oder nach den Veranstaltungen angezeigt wurde, wenn ein Vergehen vorliegen sollte. Sie wurde niemals strafrechtlich verfolgt und soll Jahre später wegen solcher „Vergehen“ angeschoben werden.

Weiterhin wird ihr eine ehrenamtliche journalistische Tätigkeit bei der Zeitung „Özgür Politica“ vorgeworfen mit der Formulierung, Leyla besitze einen Presseausweis einer PKK-Zeitung. Die Zeitung ist jedoch legal und kann in Deutschland erworben werden.

Die Mutter ist wegen politischer Verfolgung nach Deutschland geflohen, erhielt politisches Asyl und hat 2004 ihre Familie nachgeholt.

Leyla hat sich mit großem Ehrgeiz vorbildlich integriert und besitzt hervorragende Deutschkenntnisse. Jedoch hat die Ausländerbehörde seit ihrem „Verfolgungswahn“ sie um zwei Ausbildungsstellen und zwei Arbeitsplätze durch Anrufe bzw. Auferlegung einer Residenzpflicht innerhalb Nürnbergs beraubt. Die jahrelange Observierung durch den Verfassungsschutz ist völlig unverhältnismäßig und offensichtlich politisch motiviert und ist wiederum ein Indiz dafür, dass diese Organe einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden müssen.

Nach über zweijährigem Rechtsstreit blieben die Argumente bei einer abstrakten“ Bedrohung, da Leyla keine „konkrete“ nachgewiesen werden kann. Selbst Herr Kuch spricht von einer „präventiven“ Abschiebung. Einzige Informationsquelle ist der Verfassungsschutz und dessen Ausführungen sind gefüttert mit Annahmen und Mutmaßungen. In der Begründung, die zur Ausweisungsverfügung Ende 2011 führen sollte, werden Leyla ausnahmslos Besuche des kurdischen Kulturvereines Medya Volkshaus e. V. Nürnberg vorgeworfen. Dieser Verein ist legal, unterstützt durch vielfältige Kurse die Integration unsrer kurdischen MitbürgerInnen und richtet die jährlichen Kulturtage aus. Diese Besuche begründen keine Ausweisung. In der Vorlage wird Medya Volkshaus jedoch ständig mit PKK oder ähnlichen Organisationen gleichgesetzt.

Leyla ist weder Mitglied noch Unterstützerin der PKK, Kongra Gel oder einer aufgeführten Organisation. Dies hat sie in einer Distanzierungserklärung auch schriftlich bestätigt. Der Satz in der Vorlage, „die Distanzierungserklärung wurde nicht glaubhaft genutzt“, bezieht sich darauf, dass Leyla sich nicht von Medya Volkshaus distanziert hatte, was die Ausländerbehörde aber schriftlich verlangte.

Mit dieser Logik einer möglichen Gefährdung könnte der überwiegenden Teil der kurdischen MigrantInnen in Deutschland abgeschoben werden, da sie die Bestrebungen nach Frieden und Anerkennung der Menschenrechte aktiv unterstützen.

Die kurdische Bewegung, in der auch die PKK als politische Kraft verankert ist, ist mittlerweile eine Volksbewegung in den kurdischen Gebieten. Die jahrzehntelangen kriegsähnlichen Zustände haben dazu geführt, dass eine Selbstverwaltung mit autonomen Strukturen (KCK) errichtet wird. Der türkische Staat bekämpft diese Art von Demokratie mit massiven Massenverhaftungen und repressiver Gewalt. Allein seit 2009 wurden im Rahmen der KCK-Verfahren mehr als 8000 kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen, darunter sechs ParlamentarierInnen, 33 BürgermeisterInnen, 100 StadträtInnen inhaftiert, darunter viele Frauen und Kinder. Die Berichte von Amnesty International (Länderbericht Dezember 2010 S.9 „Folter und unverhältnismäßige Polizeigewalt“) belegen diese Massenverhaftungen und Menschenrechtsverletzungen sowie Folter in den Gefängnissen.

Die „Gefälligkeit“ der deutschen Behörden an die türkische Regierung, auch hier repressiv gegen KurdInnen vorzugehen, ist nicht nur inhuman, sondern auch politisch überholt. Seit Dezember 2011 werden von türkischen Behörden Friedensverhandlungen mit Abdullah Öcalan geführt, da die Einsicht wächst, dass es ohne die PKK keine Verhandlungen geben kann.

Die Ausländerbehörde hat sich mit einem völligen Übereifer und evtl. Anweisungen von bundesweiten Sicherheitsbehörden ein Konstrukt kreiert, deren Umsetzung der Stadt des Friedens und der Menschenrechte großen Schaden zufügen würde. Der Fall wird mittlerweile bundesweit beobachtet und die Empörung gegen das restriktive Vorgehen ist groß. Jetzt muss ein Weg eingeschlagen werden, der das Ansehen der Stadt wieder herstellen kann.

Juristisch ist das Konstrukt auf so dünnen Eis, dass es nur mit politischem Willen umgesetzt werden kann. Hier bestehen jedoch die Möglichkeiten der Korrektur und des Ermessungsspielraums der Kommune. Wir bitten eindringlich sich für den Weg zu entscheiden, der der jungen Nürnbergerin und dem Ansehen der Stadt dienlich ist und einen Aufenthaltstitel zu ermöglichen.

Anlage:

An einem Runden Tisch sollten folgende Institutionen bzw. Personen beteiligt sein: Leyla als Betroffene, ihr Rechtsbeistand, Vertreter/in des Integrationsrates bzw. Menschenrechtsbüro, Vertreter/in des Einwohnermeldeamtes, Vertreter des Rechtsamtes.

Der Runde Tisch soll folgenden Sachverhalt aufklären:

1. Leyla wurde nie strafrechtlich verfolgt, angezeigt oder verurteilt. Warum werden ihr erst mit 18 Jahren angebliche Straftaten vorgeworfen, die sie mit 13 begonnen haben soll?
2. Die Ausländerbehörde hat aktiv an die Auflösung aller Ausbildungs- und Arbeitsverhältnisse hingewirkt. Dies widerspricht jeglichen Integrationsgedanken. Wie können solche massiven, die Existenz zerstörende Maßnahmen zukünftig verhindert werden?
3. Wieso kann die Teilnahme an offiziell gemeldeten und nicht verbotenen Demonstrationen und Veranstaltungen kriminell sein?
4. Warum behauptet die Ausländerbehörde in seiner Stellungnahme, der kurdische Kulturverein Medya Vokshaus e. V. Nürnberg ist gleichzusetzen mit PKK oder ähnlichen Organisationen?
5. Warum behauptet die Ausländerbehörde, Leyla wäre Mitglied der PKK? Bei allen „Sicherheitsgesprächen“ hat Leyla erklärt, dass sie nicht Mitglied der PKK oder Kongra-Gel ist. Dies hat sie in einer Distanzierungserklärung sogar schriftlich abgegeben.
6. Leyla hat bei einer Abschiebung in die Türkei mit Haft und Folter zu rechnen. Dies würde einen Verstoß gegen die Menschenrechtscharta des Europarats und darstellen. Wie will die Stadt des Friedens und der Menschenrechte diesen Verstoß verantworten?

Mit freundlichen Grüßen



Marion Padua
Stadtratsgruppe Linke Liste